

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 15. Oktober 2019

Aktuelle Stunde

In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit sogenannten bürgerwehähnlichen rechtsextremen Gruppierungen in NRW befasst. Den Antrag hatte die Grünen-Fraktion gestellt. S. 3

Parlamentsgespräch

Die „Macht der Meinungsumfragen“ stand im Mittelpunkt des siebten Parlamentsgesprächs. Der Präsident des Landtags, André Kuper, konnte u. a. WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönenborn begrüßen. S. 7

Landtag Intern

„Landtag Intern“ wird 50 – und aus diesem Anlass schaut die Redaktion der Parlamentszeitschrift zurück auf die Berichterstattung der vergangenen Jahrzehnte. Diesmal: die 90er-Jahre. S. 12-13

Parlamentsnacht

Rund 3.000 Bürgerinnen und Bürger haben am 27. September 2019 den Landtag besucht. Bei der diesjährigen Parlamentsnacht gab es wieder ein buntes Angebot aus Information und Unterhaltung. S. 16

Früh übt sich Debatte über neues Kinderbildungsgesetz



INHALT

Foto: Schälte



Kita-Finanzierung auf dem Prüfstand

Anhörung zu Gesetzentwurf der Landesregierung	S. 9
Standpunkte	S. 10

Aus dem Plenum

<u>„Rechtsextrem, gewaltbereit und vernetzt“</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Wohnraum für Studierende</u>	S. 6

Forum

<u>Meinungsumfragen und Demokratie</u>	S. 7
<u>Gesetzgebung</u>	S. 8

Forum

<u>Die 1990er-Jahre: Bewegt und bewegend</u>	S. 12
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 14
Forum	
<u>So war die Parlamentsnacht 2019</u>	S. 16
Aus den Ausschüssen	
<u>Meldungen</u>	S. 18
Im Porträt	
<u>Stefan Zimkeit (SPD)</u>	S. 19
<u>Kurz notiert</u>	S. 20

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 11. Oktober 2019, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



„Rechtsextrem, gewaltbereit und vernetzt“

Aktuelle Stunde zu bürgerwehähnlichen Gruppierungen

9. Oktober 2019 – Es gibt sie in mehreren nordrhein-westfälischen Städten und sie agieren Berichten zufolge immer vernetzter und offener gewaltbereit: rechtsextreme Gruppierungen mit bürgerwehähnlichem Charakter. In einer Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag nun mit diesen Gruppen.

Beantragt worden war die Debatte von der Grünen-Fraktion (17/7584). Die Gruppierungen gäben vor, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen zu wollen, tatsächlich aber verfolgten sie rassistische Motive und wollten die Gesellschaft einschüchtern. Solche „Mischszenen“ aus Hooligans, Rockern und Neonazis gebe es in Düsseldorf, Essen, Herne, Köln und Mönchengladbach.

Es sei erschreckend, sagte **Verena Schäffer** (Grüne), dass am Tag der Deutschen Einheit Hunderte von Neonazis durch Berlin marschiert seien und antisemitische Parolen skandiert hätten. Seit Monaten liefen selbsternannte Bürgerwehren aber auch in nordrhein-westfälischen

haben als demokratisch legitimierte Instanz das Gewaltmonopol inne. „Die CDU-Fraktion ist mit der Landesregierung entschlossen, Antidemokraten, Fanatikern, Extremisten und Straftätern mit einer konsequenten Null-Toleranz-Strategie entgegenzutreten.“

„Paralleljustiz“

Die Mischszenen aus Rechtsextremen, Hooligans und Rockern vernetze sich zunehmend, bemerkte **Sven Wolf** (SPD). Eine besondere Gefahr gehe von der Gewaltaffinität der Szene aus, das habe sich am Vortag auch in Herne gezeigt. In Nordrhein-Westfalen gebe es einen harten Kern

unter die Leute“ mischten. Sie versuchten, die „Ränder auszufransen“ und die bürgerliche Mitte anzusprechen. Der AfD warf er vor, offenbar kein Interesse daran zu haben, eine klare Grenze zu Rechtsextremisten zu ziehen.

AFD-Fraktionschef **Markus Wagner** betonte: „Extremismus geht gar nicht.“ Man müsse genau hinschauen und dort, wo Straftaten begangen würden, klare Kante zeigen. Er sagte weiter, Schwarz, Rot, Grün und Gelb hätten bei den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in den Rechtsstaat massiv erschüttert. Kriminalität habe es immer gegeben. Es gebe aber einen „massiven Verlust“ an Heimatgefühl, der klar mit der „Grenzöffnung 2015“ verknüpft sei. Die Men-



Fotos: Schälte

Verena Schäffer (Grüne)

Gregor Golland (CDU)

Sven Wolf (SPD)

Marc Lürbke (FDP)

Markus Wagner (AfD)

Innenminister
Herbert Reul (CDU)

Städten Patrouille, darunter Akteure aus der rechtsextremen Szene, Hooligans und Rocker. Der Verfassungsschutz müsse rechtsextreme bürgerwehähnliche Gruppierungen beobachten, die Polizei sich besser vernetzen und vor Ort mehr Präsenz zeigen, um der Bedrohung durch Bürgerwehren entgegenzuwirken. Ein Uniformierungsverbot müsse geprüft werden.

Gregor Golland (CDU) wies darauf hin, dass Demokratinnen und Demokraten im Landtag die Entwicklung von „bürgerwehähnlichen“ und „mitunter rechtsextremen Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen mit Wachsamkeit und Sorge“ betrachteten. Der Rechtsstaat und die Demokratie müssten „mit Konsequenz und Entschlossenheit“ gegen „Extremisten jeglicher Couleur“ verteidigt werden. Allein der Staat

von 250 Personen, die rund 700 Personen mobilisieren könnten. Rechte Netzwerke seien „eine der größten Gefahren für die Innere Sicherheit in unserem Land“, sagte Wolf. Es sei richtig, dass der Verfassungsschutz die Szene „genau in den Blick nimmt“. Es gelte, eine „Paralleljustiz“ mit rechtsstaatlichen Mitteln in die Schranken zu weisen.

Marc Lürbke (FDP) sagte, das Gefährliche an diesen Bürgerwehren sei, dass gezielt eine „brandgefährliche Mischszenen“ aus Rechtsextremisten und Rockern bis hin zu Wutbürgern und Hooligans entstehe. Dieser Entwicklung schaue man aber nicht tatenlos zu, sondern trete allen Formen des Extremismus und Radikalismus entgegen. Es treibe ihn um, dass rechts- und auch linksextremistische Gruppen sich „immer mehr

schen fühlten sich im Stich gelassen und sorgten sich zu Recht um ihre Sicherheit, ihre Freiheit und ihren Wohlstand.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) kritisierte Wagners Ausführungen. „Das ist genau die Mischung, aus der falsche Urteile und dann auch Mischszenen entstehen.“ Rechte Gruppen versuchten, sich durch Schaffung diffuser Mischszenen von Stigmatisierungen zu lösen. Ihr Ziel sei es, den Staat als überfordert und die Sicherheit als gefährdet darzustellen. Diese Gruppen skandierten Parolen wie: „Wenn wir wollen, schlagen wir euch tot.“ Sie zeigten eine erschreckende Gewaltbereitschaft und proklamierten die Macht auf der Straße. Reul appellierte an Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen machten: „Machen Sie da nicht mit.“

tab, wib



Schweigeminute

10.10.2019 – Mit einer Schweigeminute haben die Abgeordneten im Plenum der Opfer eines Anschlags vor der Synagoge in Halle an der Saale gedacht. André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, mahnte, dass es sich um eine menschenverachtende, rechtsradikale und jüdenfeindliche Tat gehandelt habe. Bürgerinnen und Bürger seien nun aufgerufen, für ein „vorurteilsfreies Miteinander“ und „eine Gesellschaft auf dem Boden unserer Verfassung“ aufzustehen. Kuper wandte sich auch an Jüdinnen und Juden auf der Besuchertribüne des Plenarsaals: „Wir lassen euch nicht allein, wir lassen euch nicht im Stich, wir sind froh, dass es euch gibt. Antisemitischer Hass und jüdenfeindliche Gewalt haben hier keinen Platz.“ Beim Anschlag in Halle an der Saale hatte ein mutmaßlich rechtsextremer Attentäter am Vortag zwei Menschen erschossen und mehrere verletzt.

Bibliotheken

9.10.2019 – Mit den Stimmen aller Fraktionen hat der Landtag das sogenannte Bibliotheksstärkungsgesetz ([17/5637](#)) beschlossen. Das Gesetz der beiden Koalitionsfraktionen von CDU und FDP sieht vor, dass öffentliche Bibliotheken künftig auch an Sonn- und Feiertagen öffnen können. Zudem wird ihre Funktion „als Begegnungs- und kulturelle Veranstaltungsorte sowie ihre für die Ausübung des Grundrechts der Informationsfreiheit wichtige Rolle als Vermittler nur vor Ort nutzbarer Informationsangebote“ durch eine Änderung des Kulturfördergesetzes „als im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben gesetzlich anerkannt und künftig in das Förderhandeln des Landes einbezogen“.

Mauerfall

9.10.2019 – Deutschland feiert in diesem Jahr 30 Jahre Mauerfall. Mit diesem Thema hat sich auch der Landtag befasst. Es lagen dazu ein Antrag der SPD-Fraktion sowie eine Resolution der AfD-Fraktion vor. Im Antrag der SPD ([17/7540](#))

heißt es, „dass Demokratie und die Gewährleistung der Grundrechte keine Selbstverständlichkeit“ seien. „30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall kommt es darauf an, die Erinnerung an diese Ereignisse erneut wachzurufen, sich dieses Erbe weiter oder ganz neu anzueignen und damit eine politischen Kultur zu befördern, die mit Konflikten konstruktiv umgeht.“ Die Fraktion fordert u. a., dem historisch-politischen Unterricht mehr Raum in den Lehrplänen einzuräumen und Wissensdefizite über die Wesensmerkmale von Diktaturen und Demokratien zu beheben. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/7608](#)) wurde bei Enthaltung der Fraktionen von Grünen und AfD angenommen. Die AfD sprach sich in ihrer Resolution ([17/7533](#)) dafür aus, den Wissensstand der Schülerinnen und Schüler zur ehemaligen DDR zu untersuchen und „im Falle einer negativen oder gleichbleibend unerwünschten Entwicklung eine grundlegende Überarbeitung der Lehrpläne vorzunehmen“. Die Resolution wurde abgelehnt, ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/7609](#)) angenommen.

Klimapaket

9.10.2019 – Der Landtag hat sich auf Antrag der Fraktionen der AfD ([17/7532](#)) und der Grünen ([17/7538](#)) mit dem Klimapaket der Bundesregierung befasst. Die AfD warnte in ihrem Antrag vor Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und fordert, das Land müsse sich mit einer Bundesratsinitiative gegen das Klimapaket positionieren. Die Grünen betonten hingegen, dass das Paket nicht geeignet sei, die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele für 2030 sicherzustellen. Die Landesregierung müsse sich daher auf Bundesebene für Nachbesserungen einsetzen. Für NRW fordert die Fraktion u. a., die Abstandsregeln für Windräder von 1.500 Metern zur Wohnbebauung zu streichen. Beide Anträge wurden mit Mehrheit abgelehnt ebenso wie ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ([17/7606](#)). Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/7611](#)) wurde mit Mehrheit angenommen.

Jugendkriminalität

9.10.2019 – Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, weitere sogenannte Häuser des Jugendrechts zu realisieren. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Kampf gegen die Jugendkriminalität ([17/4442](#) und [17/7554](#)) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen. In den Einrichtungen werden demnach die Akteure von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach zusammengeführt. Diese Vernetzung habe sich in den bereits bestehenden Einrichtungen in Köln, Dortmund, Paderborn und Essen bewährt und müsse daher sukzessive ausgedehnt werden. Die Rückfallquote unter den straffällig gewordenen Jugendlichen sei deutlich unter dem Schnitt. Entschließungsanträge der Fraktionen der Grünen ([17/5095](#)) und der SPD ([17/7607](#)) wurden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.

Krankenversicherung

9.10.2019 – Der Landtag hat einen Antrag der Grünen-Fraktion abgelehnt, die gefordert hatte, Beamtinnen und Beamten eine freiwillige gesetzliche Krankenversicherung zu ermöglichen, ohne dass sie den Beitrag vollständig alleine tragen müssen. Gegen den Antrag ([17/5097](#)) stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Die Grünen hatten u. a. argumentiert, dass Beamtinnen und Beamte faktisch keine Wahlfreiheit hätten. In der gesetzlichen Krankenversicherung seien häufig Beihilfeberechtigte mit Kindern, geringen Bezügen oder mit chronischen Erkrankungen versichert. Diese Gruppe sei gegenüber den Angestellten benachteiligt, da sie ohne paritätische Arbeitgeberbeteiligung auskommen müsse.

Straßenbaubeiträge

9.10.2019 – Die Landesregierung hat ihren Entwurf für das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes“ in den Landtag eingebracht ([17/7547](#)). Es sieht mehrere Maßnahmen zur Änderung des Straßenausbaubeitragsrechts vor. So soll es künftig im Vorfeld von



möglichen Baumaßnahmen verpflichtende Anliegerversammlungen geben. Die Kommunen sollen einen Spielraum erhalten, Beitragspflichtigen auf Antrag eine Zahlung „in höchstens zwanzig Jahresraten“ zu gewähren. Zudem soll eine Härtefallregelung eingeführt werden, wonach Personen unter bestimmten Prämissen „eine unbefristete Stundung“ gewährt werden kann. Die Landesregierung argumentiert, dass sich die Straßenausbaubeiträge grundsätzlich bewährt hätten und von der Rechtsprechung vollumfänglich anerkannt seien. In Einzelfällen könne es für die Betroffenen aber „zu hohen und teilweise erheblichen finanziellen Belastungen kommen“, die diese auch überfordern könnten. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen. Der Präsident des Landtags hat das Parlament zudem darüber unterrichtet, dass die Volksinitiative „Straßenausbaubeiträge abschaffen“ die erforderlichen Unterstützerunterschriften für eine Zulassung beim Landesparlament eingereicht hat (Unterrichtung [17/7556](#)). Eine Volksinitiative kommt laut Gesetz rechtswirksam zustande, wenn 0,5 Prozent der Wahlberechtigten sie mit ihrer Unterschrift unterstützen – das sind 65.825 Unterschriften. Das Anliegen der Volksinitiative, die die Beiträge komplett abschaffen möchte, wurde an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen, der die vorgeschriebene Anhörung der Vertrauenspersonen durchführen wird.

Lehrermangel

10.10.2019 – Die SPD-Fraktion will die Landesregierung auffordern, im Kampf gegen den Lehrkräftemangel einen Runden Tisch einzuberufen. Ein entsprechender Antrag ([17/7541](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen. An diesem Runden Tisch sollten „gemeinsam mit allen Akteuren aus dem Schul- und Bildungswesen wie den Fraktionen, Lehrgewerkschaften, Bildungswissenschaftlern, Landesschülerchaft und Landeselternschaft Lösungsmöglichkeiten konstruktiv diskutiert und ein möglicher Maßnahmenkatalog

erarbeitet“ werden. Die Fraktion betont, dass der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern dramatischer sei als gedacht. So fehlten laut einer Studie allein an deutschen Grundschulen bis 2025 rund 26.300 Lehrkräfte anstatt den bisher angenommenen 15.300.

3D-Drucker

10.10.2019 – „Innovatives Bauen im 3D-Druckverfahren fördern“ – so lautet der Titel eines Antrags der Fraktionen von CDU und FDP ([17/7544](#)), der zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen wurde. Demnach können Einzelteile oder ganze Bauteile von Gebäuden durch 3D-Druck erstellt werden. So könnten Häuser „schneller, energieeffizienter und mit weniger Material kostengünstiger, ressourcensparender und klimafreundlicher errichtet werden“. Die Fraktionen fordern, dass Nordrhein-Westfalen Vorreiter bei der Entwicklung des 3D-Druckverfahrens im Gebäudesektor werden müsse. Die Landesregierung müsse dazu u. a. die Forschung in diesem Bereich ermöglichen und fördern und die Umsetzung von Modellprojekten prüfen.

Leistungssport

10.10.2019 – In Nordrhein-Westfalen soll die Qualität des Nachwuchsleistungssports weiter verbessert werden. Dies sieht ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vor ([17/7545](#)), der nach der Beratung im Plenum an den Sportausschuss (federführend) überwiesen wurde. Die Fraktionen verweisen auf eine wissenschaftliche Programmevaluation der NRW-Sportschulen durch die Deutsche Sporthochschule Köln. Ersten Ergebnissen zufolge seien die Schulprogramme an vielen Standorten veraltet. So kommunizierten sie „kein explizites sportliches Leitbild“. Der Evaluationsbericht empfehle darüber hinaus „eine verbesserte Auswahl der Talente“. In ihrem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung u. a. auf, die NRW-Sportschulen zu einer verstärkten Kooperation mit den umliegenden Grundschulen anzuregen. Sie sollen zudem intensiver mit

Vereinen, Stadtsportbünden bzw. Kreissportbünden sowie mit Hochschuleinrichtungen zusammenarbeiten. In Nordrhein-Westfalen wurden den Angaben zufolge seit 2006 insgesamt 18 Sportschulen eingerichtet. Sie bieten sportlichen Nachwuchstalente die notwendigen Rahmenbedingungen, um Schule und Leistungssport miteinander zu vereinbaren.

Handschrift

10.10.2019 – Die AfD-Fraktion spricht sich für eine Stärkung der Handschrift an den Schulen des Landes aus. Ein entsprechender Antrag ([17/7535](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. Laut Antrag werde das Schreiben mit der Hand zunehmend durch die Nutzung digitaler Schreibgeräte ersetzt. Studien wiesen aber „eklatante Defizite beim Lernprozess nach, wenn digitale Medien ausschließlich und unter Vernachlässigung handschriftlicher Notationen genutzt werden“. Daher will die AfD, dass die Bedeutung der Handschrift „im Deutschunterricht wieder stärker Berücksichtigung“ findet. Dazu müssten auch wieder Unterrichtsstunden für den Schreibunterricht bereitgestellt werden.

Justiz

10.10.2019 – Die SPD-Fraktion hat einen Entwurf eines „Gesetzes zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter“ ([17/7539](#)) in den Landtag eingebracht. Nach Angaben der Fraktion gibt es derzeit rund 24.000 ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Nordrhein-Westfalen. Während es für die Berufsrichterinnen und -richter „gesetzlich abgesicherte Richterräte“ gebe, gebe es diese für die Ehrenamtlichen nur in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. In dem Antrag heißt es weiter: „Es ist an der Zeit, entsprechende Vertretungen auch für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zu schaffen, und zwar für die Schöffen, Handelsrichter und ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit sowie in Landwirtschaftssachen.“ Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Wohnraum für Studierende

Abgeordnete debattieren über aktuelle Lage an Rhein und Ruhr

10. Oktober 2019 – Das Thema Wohnraum für Studentinnen und Studenten hat kurz nach Beginn des Wintersemesters den Landtag beschäftigt. Die Aktuelle Stunde war von der SPD-Fraktion beantragt worden, die von einer „sich zuspitzenden Lage“ sprach.



Foto: Schälte

Wohnen für Studierende sei zum Start des Wintersemesters 2019/2020 laut einem Medienbericht teurer geworden. Zugleich werde bezahlbarer Raum in Wohnheimen immer knapper, betont die Fraktion in ihrem Antrag ([17/7585](#)). Laut einer aktuellen Studie erhielten nur 6,5 Prozent der Studierenden einen Platz in einem Wohnheim. Lange Wartezeiten seien programmiert.

Dietmar Bell (SPD) verwies darauf, dass viele der 782.000 Studierenden in NRW aufgrund von „überhitzenden Mietmärkten“ keine Wohnung fänden. Die Mieten seien seit 2010 in Düsseldorf um 27 Prozent und in Köln um 30 Prozent gestiegen. Um entgegenzuwirken, müssten Studierendenwohnheime ausgebaut und der Sanierungsstau von 350 Millionen Euro aufgelöst werden. Zum dritten Mal in Folge

stelle die Landesregierung dafür aber „keinen Cent“ zusätzlich im Haushalt zur Verfügung und investiere auch viel zu wenig in die öffentliche Wohnraumförderung. „Sie werden Ihrer Verantwortung schlichtweg nicht gerecht“, kritisierte Bell.

In Universitätsstädten gebe es tatsächlich zu wenig preisgedämpften Wohnraum, bestätigte **Bernd Petelkau** (CDU). Das sei allerdings das Ergebnis „einer über Jahre verfehlten Wohnungspolitik“ der rot-grünen Vorgängerregierung. Zehntausende Wohnungen seien in dieser Zeit aus der Sozialbindung herausgefallen, ohne dass neue Sozialwohnungen entstanden seien. Die aktuelle Landesregierung dagegen habe für einen „Neustart“ in der Wohnungspolitik gesorgt und u. a. Förderprogramme aufgelegt, die auch Studierendenwerken zur Verfügung stün-

den. Zudem seien zahlreiche Runde Tische ins Leben gerufen worden, um Bauland zu finden.

Matthi Bolte-Richter (Grüne) kritisierte, dass sich immer weniger Studierende eine Wohnung in Uninähe leisten könnten. Angesichts von Rekordzahlen von Studierenden und alarmierenden Hilferufen aus Universitätsstädten bestehe dringend Handlungsbedarf, den die Landesregierung nicht „wegignorieren“ dürfe. Doch die schiebe das Problem vor sich her und organisiere lediglich Runde Tische mit „viel Bla-Bla“. Obwohl die Steuereinnahmen sprudelten, baue die Landesregierung den immensen Sanierungsstau von 350 Millionen Euro bei den Studierendenwohnheimen nicht ab. Bolte-Richter: „Sie sanieren den Haushalt auf Kosten der Studierenden.“

„Theaterdonner“

Stephen Paul (FDP) warf der SPD einen „Theaterdonner“ und „blanken Populismus“ vor. Die Sozialdemokraten hätten über Jahrzehnte das Land regiert. Und heute wiesen sie mit der Aktuellen Stunde auf Missstände hin, die sie selbst verursacht hätten. Paul betonte, Ziel müsse sein, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Investitionen in den Wohnungsbau fördere. Mit Debatten über Mietendeckel oder Enteignungen trage die SPD aber dazu bei, dass dies nicht passiere. Die Koalition habe dagegen richtige Initiativen zur Schaffung von Wohnungsbau gestartet, darunter ein modernes Baurecht.

Helmut Seifen sagte für die AfD-Fraktion, ihm erschließe sich nicht die Aktualität des SPD-Antrags zum studentischen Wohnen. Das Problem des mangelnden Wohnraums für Studentinnen und Studenten habe eine „lange und ungute Tradition“ in Nordrhein-Westfalen. Seifen warf CDU, SPD, FDP und Grünen vor, „allesamt“ in der Vergangenheit nicht ihrer Verantwortung gerecht geworden zu sein. So litten die Studierendenwerke seit Jahrzehnten unter „fatalen“ Geldkürzungen. Zugleich habe die SPD-Fraktion keine Vorschläge, wie das Problem behoben werden könne. „Sie sind ratlos“, betonte er.

Wissenschaftsministerin **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos) wies darauf hin, dass Studentinnen und Studenten besonders unter hohen Mietpreisen zu leiden hätten. Zwar sei die Situation in den NRW-Universitätsstädten laut einer Studie im Vergleich zu anderen Bundesländern leicht rückläufig. Köln, Düsseldorf, Aachen und Bonn gehörten aber zu den bundesweit Top 20 mit besonders angespannter Situation. Die Landesregierung habe Gegenmaßnahmen eingeleitet. So fördere sie die Schaffung von sozialem Wohnraum. Zudem werde der Landeszuschuss für die Studierendenwerke ab 2021 um 4 auf 44,5 Millionen Euro erhöht. *toB, wib*

„Demoskopie und Demokratie: ein Paar“

Parlamentsgespräch zur Macht von Meinungsumfragen

24. September 2019 – Sie sind aus der Politikberichterstattung nicht wegzudenken: Meinungsumfragen geben zwischen oder vor Wahlen die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger wieder, sei es zu den Parteien, sei es zu Personen oder zu aktuellen Entscheidungen und Themen. Ob die Demoskopie auch die Demokratie beeinflusst: Diese Frage stand im Mittelpunkt des Parlamentsgesprächs, zu dem der Präsident des Landtags eingeladen hatte.

„Macht der Meinungsumfragen – Beeinflusst die Demoskopie die Demokratie?“ – so lautete konkret der Titel der Diskussionsrunde, an der der Berliner Politikwissenschaftler und Wahlforscher Prof. Dr. Thorsten Faas, die Hauptstadtjournalistin Eva Quadbeck von der „Rheinischen Post“, WDR-Fernsehredakteur Jörg Schönenborn und Dr. Yvonne Schroth, Vorstandsmitglied der „Forschungsgruppe Wahlen“ teilnahmen. Durch den Abend führte wieder die Journalistin Anne Gesthuysen.

„Orientierungsgröße“ vor einer Wahl

Der Präsident des Landtags, André Kuper, konnte neben den Expertinnen und Experten rund 100 Gäste in der Bibliothek des Landtags begrüßen. In seinem Grußwort betonte er, dass die Demoskopie als „Element angewandter Demokratie zwischen den Wahlen“ aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken sei. Und er fragte kritisch in Richtung Podium: „Sind Wahlumfragen ein Problem für die Demokratie, wenn durch Dauerumfragen der Unterschied zwischen Umfrage und Wahl verwischt? Findet dadurch gleichermaßen eine Entwertung der Wahl statt?“

Dass Meinungsumfragen Einfluss auf Entscheidungen von Wählerinnen und Wählern haben können, darin waren sich die Expertinnen und Experten einig. Sie warnten aber auch davor, den Einfluss zu überschätzen. Die Journalistin Eva Quadbeck sprach von einem „Puzzle“, aus dem sich Wahlentscheidungen

zusammensetzten. Wählerinnen und Wähler schauten auch stark auf Personen und auf das jeweilige Politikangebot der Parteien. Und Dr. Yvonne Schroth sagte, dass sich nur ein geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger überhaupt für Meinungsumfragen interessiere.

Einigkeit herrschte auch darin, dass die Demoskopie ein wichtiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie sei. ARD-Wahlexperte Jörg Schönenborn sprach von einer wichtigen „Orientierungsgröße“ für Wählerinnen und Wähler. Und die Meinungsforscherin Dr. Schroth nannte Demokratie und Demoskopie sogar „ein Paar“: So gebe es in totalitären Staaten keine Meinungsumfragen. In einer Demokratie müsse Politik ständig durch Wahlen legitimiert werden und dazu gehörten freie Medien und eine freie Wahlberichterstattung.

Der Politikwissenschaftler Prof. Thorsten Faas mahnte einen „souveränen“ Umgang mit Meinungsumfragen an. Es müsse immer klar sein, dass sie auch täuschen könnten. Er betonte: „Die Entscheidung ist am Ende auf dem Platz.“ Souverän müsse auch der Umgang von Politikerinnen und Politikern mit Meinungsumfragen sein, so Eva Quadbeck. Ihre Thesen: Je besser der Kompass eines Politikers sei, umso besser gehe er auch mit Meinungsumfragen um. Er müsse sie in seine Entscheidungen einbeziehen, dürfe sich aber nicht allein davon abhängig machen.

WDR-Journalist Schönenborn ergänzte, dass Demoskopien sowie Medienvertreterinnen



Der Präsident des Landtags (Foto unten/2. v. r.) konnte folgende Gäste auf dem Podium begrüßen: (v. l.): Dr. Yvonne Schroth, Prof. Dr. Thorsten Faas, Anne Gesthuysen, Eva Quadbeck und Jörg Schönenborn. Fotos: Hartmann

und -vertreter „ein hohes Maß an Verantwortung“ im Umgang mit Ergebnissen von Meinungsumfragen hätten. Entscheidend sei, was aus Umfrageergebnissen gemacht werde. *wib*

Parlamentsgespräche

Der Präsident des Landtags lädt regelmäßig zu Parlamentsgesprächen in die Bibliothek ein. Das Gespräch zur Demoskopie war das mittlerweile siebte in dieser Reihe. Bisherige Themen waren u. a. „Gibt es einen neuen deutschen Antisemitismus?“, „Wohin steuert Europa?“ und „Medien und Demokratie“. Die Gespräche sind öffentlich, der Eintritt ist frei. Mehr Informationen finden Sie unter www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Parlamentsgespräch). Ein Video zum siebten Parlamentsgespräch finden Sie ebenfalls auf der Internetseite des Landtags unter Aktuelles & Presse/Parlaments-TV.



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) | [17/5637](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 9. Oktober 2019 | angenommen

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [17/6538](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. Oktober 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Pensionsfondsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/6887](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. Oktober 2019 | angenommen

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes | [17/7547](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. Oktober 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Reform des Hinterlegungsgesetzes | [17/7548](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. Oktober 2019 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/7549](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. Oktober 2019 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | [17/7539](#) | SPD | 1. Lesung am 10. Oktober 2019 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | [17/7200](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2020) | [17/7203](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [17/7318](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [17/7202](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes | [17/7319](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze | [17/7320](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medien-transparenzgesetz NRW) | [17/7360](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW) | [17/7367](#) | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung | [17/6726](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/6682](#) | Landesregierung | Aus-

schuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | [17/6758](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie | [17/6586](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen | [17/6611](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [17/5978](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Bearbeitung

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte | [17/6267](#) | AfD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes | [17/5587](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe | [17/5620](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Kita-Finanzierung auf dem Prüfstand

Anhörung zu Gesetzentwurf der Landesregierung

30. September 2019 – Wie kann die Kindertagesbetreuung in NRW auskömmlich finanziert werden? Zu dieser Frage haben sich Sachverständige in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend sowie des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen geäußert. Grundlage der Anhörung waren ein Entwurf der Landesregierung und ein Entschließungsantrag der Grünen.

Im Entwurf für das „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ (17/6726) heißt es, die finanzielle Situation der Kindertagesbetreuung sei „äußerst angespannt“. Die Landesregierung habe der strukturellen Unterfinanzierung zunächst mit einem Kita-Träger-Rettungsprogramm entgegengewirkt. Eine „dauerhaft tragfähige Finanzierung“ bringe der vorgelegte Gesetzentwurf. Er sieht u. a. vor, dass das Land und örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe je zur Hälfte rund 750 Millionen Euro für die Kindertagesbetreuung zusätzlich zur Verfügung stellen. Mit dem Geld sollen die Qualität der Betreuung verbessert und das zweite beitragsfreie Kita-Jahr finanziert werden; bislang ist nur das letzte Jahr in der Kita kostenfrei.

Mit dem vorgelegten Entwurf werde eine Chance vertan, eine „dringend notwendige strukturelle und grundlegende Reform“ der Kita-Finanzierung auf den Weg zu bringen, schreibt die Grünen-Fraktion in ihrem Entschließungsantrag (17/6838). Eine verbindliche „Fachkraft-Kind-Relation“ müsse im Gesetz festgeschrieben werden. Die Finanzierung über Kindpauschalen habe „ausgedient“. Einrichtungen sollten stattdessen einen festen Sockelbetrag erhalten, um Personal- und Sachkosten verlässlich finanzieren zu können.

Alle Sachverständigen stimmten darin überein, dass in NRW mehr Geld für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt werden müsse. Unterschiedliche Auffassungen herrschten allerdings in der Frage, wer das zusätzliche Geld aufbringen müsse – das Land, die Kommunen oder die Eltern?

Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände NRW begrüßte in ihrer Stellungnahme Regelungen im Gesetzentwurf zu „qualitativen Verbesserungen“ der Kinderbetreuung. Hierzu zählten u. a. die Erhöhung der Landesmittel für Familienzentren auf 20.000 Euro pro Kita-Jahr (bisher 13.000 Euro) und die finanzielle Förderung der Fachberatung. Auf Kommunen kämen mit zusätzlich rund 375 Millionen Euro im Kindergartenjahr 2020/21 jedoch „erhebliche Mehrbelastungen“ zu. Kritisch bewerteten die Spitzenverbände daher das zweite beitragsfreie Kita-Jahr. Zwar handle es sich aus

Sicht der Familien um „eine begrüßenswerte Maßnahme“. Es wäre aber sinnvoller gewesen, „diese zusätzlichen Mittel in die Qualität von Kindertageseinrichtungen zu investieren“.

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege begrüßte in ihrer Stellungnahme die Stärkung der Fachberatung sowie der Familienzentren. Personalkosten seien „gut“ berechnet worden, bei den Sachkosten herrsche allerdings eine „deutliche Unterfinanzierung“. Das habe zur Folge, dass Personalkosten reduziert werden müssten, „um Auskömmlichkeit zu erzielen“. Der Gesetzentwurf beuhe insgesamt nicht die strukturellen Mängel der Kita-Finanzierung. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sprachen sich zudem gegen die „grundsätzlich begrüßenswerte Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit“ aus, da Gesamtkosten für Träger nicht auskömmlich refinanziert seien.

Betreuungsqualität

Ähnlich äußerten sich die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe in ihrer gemeinsamen Stellungnahme. Grundsätzlich sei die Einführung eines zweiten beitragsfreien Kitajahres zu begrüßen. Vorrangig sei allerdings, die Betreuungsqualität in den Einrichtungen zu verbessern. „Korrespondierend dazu sollte eine landeseinheitliche soziale Staffelung

der Elternbeiträge erfolgen.“ Weiterer Kritikpunkt: Der Gesetzentwurf halte an der bisherigen Finanzierung mit Kindpauschalen fest; eine Sockelfinanzierung sei aber zu bevorzugen, da sie Trägern mehr Planungssicherheit biete. Die Landschaftsverbände hoben positiv hervor, dass „mit der im Entwurf vorgesehenen Finanzierung die Qualität der Kindertagesbetreuung gegenüber dem Status quo verbessert werden“ solle. Dies sei „ein wichtiger Schritt zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung“.

Der Landeselternbeirat (LEB) der Kindertageseinrichtungen NRW kritisierte in seiner Stellungnahme, der Entwurf bleibe weit hinter den Erwartungen zurück. „Wir erkennen kaum Verbesserungen hinsichtlich der Elternmitbestimmung, der finanziellen Entlastung der Familien und einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuung.“ Der LEB begrüßte das geplante zweite beitragsfreie Kita-Jahr, vertrat aber die Auffassung, dass „Bildung – auch die frühkindliche – grundsätzlich kostenlos sein muss“. Bildung müsse „von der gesamten Gesellschaft, also über Steuern finanziert werden“.

Der Landesverband Kindertagespflege NRW äußerte sich in seiner Stellungnahme positiv dazu, dass die Kindertagespflege – in der U3-Kinder betreut werden – im Gesetzentwurf stärker als zuvor berücksichtigt werde. Das verdeutliche die „Gleichrangigkeit der Kindertagespflege zur Kindertageseinrichtung“. Abgelehnt werde jedoch die Erhöhung der Betreuungsverträge für derzeit maximal neun auf insgesamt 15 Kinder in der Großtagespflege. tob

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte



SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Kinderbetreuung“



Die Kita-Finanzierung ...

... wurde von SPD und Grünen sträflich vernachlässigt. Dadurch wurden die Trägervielfalt und die Qualität der frühkindlichen Bildung in unserem Land akut gefährdet. Die NRW-Koalition macht die Kita-Finanzierung mit dem neuen Kinderbildungsgesetz zukunftsfest und investiert jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

... wird auch mit der Kibiz-Revision von Schwarz-Gelb nicht auskömmlich sein. So kann Qualität nicht steigen. Es wird bestenfalls der Status quo verwaltet. Die Kritik der Träger blieb leider ebenso folgenlos wie eine Großdemo von Erzieherinnen und Erziehern oder die Übergabe von mehr als 80.000 Protestunterschriften. Das Land könnte und müsste hier eine gehörige „Schüppe“ drauflegen.

Kindpauschalen ...

... bilden das finanzielle Fundament unserer Kindertageseinrichtungen. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz werden sie deutlich erhöht. So werden die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt, damit Kita-Träger zum Beispiel mehr Fachkräfte einstellen können. Durch eine an realen Kostensteigerungen orientierte Dynamisierung wird durch CDU und FDP außerdem echte Nachhaltigkeit geschaffen.

... wurden in Nordrhein-Westfalen von Armin Laschet eingeführt. Das System hat sich als ungeeignet erwiesen, eine verlässliche Kita-Finanzierung zu schaffen. Es sorgt vielmehr für Wettbewerbsdruck, befristete Arbeitsverträge und Buchungsmodelle, die am Bedarf von Eltern und Kindern vorbeigehen. Wofür es nicht sorgt: Qualität und Auskömmlichkeit.

Eine Sockelfinanzierung ...

... wird von den politischen Parteien am lautes-ten gefordert, die durch eigene Untätigkeit am meisten zur finanziellen Not beigetragen haben. Die Leidtragenden der Tatenlosigkeit: Kinder, Familien, Fachkräfte, Tagespflegepersonen und Kita-Träger in Nordrhein-Westfalen. CDU und FDP beenden den Stillstand und sorgen mit dem neuen KiBiz für Qualität und Planungssicherheit.

... wird von der Fachwelt nahezu einhellig befürwortet. Eine solche Systemumstellung würde mehr Planbarkeit für die Kita-Träger und eine bessere Fachkraft-Kind-Relation ermöglichen. Die SPD hat dem Landtag ein entsprechendes Konzept vorgelegt und die finanziell nötigen Dimensionen beschrieben. Hätte Minister Stamp den Mut bewiesen, diesen neuen Weg zu gehen, wären die Kitas heute schon weiter.

Beitragsfreiheit ...

... ist der richtige Weg, um Eltern in der Mitte unserer Gesellschaft finanziell zu entlasten. Gleichzeitig investieren wir jährlich rund 1 Milliarde Euro zusätzlich in die Qualität: in Ausbildungszuschüsse, Fachberatung für Kitas und Kindertagespflege, Sprachförderung und Fachkräfte. Mit dem zweiten beitragsfreien Kita-Jahr halten wir ein zentrales Versprechen aus unserem Koalitionsvertrag.

... ist den schwarz-gelben Parteien kein zusätzliches Landesgeld wert. Das zweite beitragsfreie Kita-Jahr wird eins zu eins aus Bundesmitteln des Gute-Kita-Gesetzes von Franziska Giffey bezahlt. Als SPD haben wir aufgezeigt, dass das Land mittlerweile die komplette Beitragsfreiheit stemmen könnte. Doch die Forderung nach „gebührenfreier Bildung“ bleibt im Landtag ein Alleinstellungsmerkmal der SPD.



... wird nach jahrelangem Stillstand endlich auskömmlich gestaltet und dynamisiert. Ab dem Kitajahr 2020/21 fließt jährlich rund eine Milliarde Euro zusätzlich. Damit beenden wir die strukturelle Unterfinanzierung und schaffen Rahmenbedingungen, die für die Kommunen, Träger, Fachkräfte sowie Eltern und Kinder dauerhafte Planungssicherheit bedeuten.

... ist nicht ausreichend. Den Kitas fehlt nach wie vor strukturell Geld. CDU und FDP berechnen vor allem die Sachkosten zu niedrig. Das kann zu Einsparungen beim Personal führen und hätte so fatale Folgen für die Qualität der frühkindlichen Bildung. Denn für die Entwicklung der Kinder sind eine gute Fachkraft-Kind-Relation und optimale Arbeitsbedingungen zentral.

... ist mit der Finanzierung der Kinder-Tagespflege Dreh- und Angelpunkt des neuen Gesetzentwurfs „zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“. Das „Mehr“ an Qualität oder eine Weiterentwicklung der Bildung unserer Kleinsten bleibt die KiBiz-Reform den Bürgern NRWs schuldig.

... sind eine geeignete Berechnungsgrundlage. Sie werden künftig automatisch den tatsächlichen Personal- und Sachkostenentwicklungen angepasst. Unter der rot-grünen Vorgängerregierung wurden die Evaluation und Reform des Gesetzes und damit die rechtzeitige Anpassung der Kindpauschalen verschleppt. Das hat zur finanziellen Schieflage der Kinderbetreuung beigetragen.

... haben als Finanzierungssystem versagt. Eine nachhaltige, ausreichende Finanzierung ist durch ein Pauschalssystem nicht möglich, weil es verkennt, dass Einrichtungen auch unabhängig von der Anzahl der angemeldeten Kinder beständig Betriebskosten haben. Die Landesregierung muss die Kita-Finanzierung daher endlich vom Kopf auf die Füße stellen.

... müssen regelmäßig angepasst werden. Wenn der Aufwand realistisch abgebildet wird, können Pauschalen ein gutes Instrument zur Finanzierung sein. Ob die Träger mit dem Budget das Bildungsangebot vorhalten können, das wir uns für die Kinder wünschen, hängt von anderen Parametern ab. Die größte Herausforderung aller KiTas, der Fachkräftemangel, wird auch durch eine auskömmliche Finanzierung nicht gelöst.

... klingt charmant, ist aber nicht finanzierbar. Ein Sockel würde mindestens Mehrkosten von 400 Millionen Euro pro Jahr verursachen. Zudem wäre ein Sockel nicht gerechter, denn die Größenunterschiede der Einrichtungen würden nicht ausreichend berücksichtigt.

... ist langfristig das bessere Finanzierungssystem. Die Fixkosten der Einrichtungen werden verlässlich finanziert. Dadurch erreicht man Planungssicherheit in den Einrichtungen, die nicht nur aus ökonomischen Gründen wichtig ist, sondern auch die Voraussetzung für pädagogische Qualität ist. Zusätzlich muss aber die individuelle Förderung der Kinder sichergestellt werden. Die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege müssen inklusiv sein.

... scheint selbst die jetzigen Befürworter in der Vergangenheit nicht ausreichend überzeugt zu haben. Anders lässt sich nicht erklären, warum die vorangegangene Regierung sie nicht eingeführt hat.

... wird durch die KiBiz-Reform für ein zweites Kita-Jahr erreicht. Sie ist eine echte Entlastung für Eltern. Grundsätzlich gilt für die FDP-Fraktion, dass Qualität vor Beitragsfreiheit geht, deshalb liegt der Schwerpunkt bei der KiBiz-Reform auf Qualität – von Verbesserungen bei der Erzieherausbildung in Theorie und Praxis bis hin zur Sprachförderung im Kita-Alltag.

... ist das Recht auf gebührenfreie Bildung. Aber zunächst muss die Qualität der frühkindlichen Bildung gesichert sein. Unter anderem müssen Fachkräfte gewonnen und in den Einrichtungen gehalten werden können. In einem Zwischenschritt würde eine einheitliche sozial gestaffelte Elternbeitragstabelle mit der Entlastung von Geringverdienern*innen mehr Gerechtigkeit in das Land bringen.

... ab dem dritten Lebensjahr ist wünschenswert. Die U3-Betreuung bindet mehr Personal und stellt jede Kita vor große Herausforderungen; z. B. müssen zahlreiche Schlaf- und Wickelplätze vorhanden sein. Hier sollten Eltern an den Betreuungskosten beteiligt werden. Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen könnten durch einen einheitlichen Beitrag, der sozial gestaffelt ist, entlastet werden.

Die 1990er-Jahre: Bewegt und

Landtag Intern wird 50. Von der ersten Ausgabe bis heute sind Tausende Artikel erschienen. Aus Anlass des runden Geburtstags blickt die Redaktion auf die landespolitische Berichterstattung der vergangenen Jahrzehnte zurück und veröffentlicht noch einmal Auszüge der Originaltexte. In dieser Folge stehen die 1990er-Jahre im Mittelpunkt. Ist die Textauswahl repräsentativ? Nein, sicher nicht. Hätte man andere Schwerpunkte setzen können? Bestimmt. Die damals gültige Rechtschreibung wurde beibehalten. Wer mehr lesen will: Auf der Homepage des Landtags (www.landtag.nrw.de) finden sich alle Ausgaben der Parlamentszeitschrift von den Anfängen bis heute.

Öffnung der Grenze

In einer besonderen Sitzung am 7. Februar will sich der Ausschuß für Kommunalpolitik ausschließlich mit den Problemen befassen, die den Städten und Kreisen einerseits durch Übersiedler, andererseits durch direkte Hilfeleistungen seit der Öffnung der Grenze zur DDR entstehen. (...) Dazu wurden die mit DDR-Maßnahmen befaßten Ressorts um aktuelle Berichterstattung gebeten. Mitglieder anderer Landtagsausschüsse sollen ebenfalls eingeladen werden. (Januar 1990)

Grüne im Landtag

Der aus vier Fraktionen gebildete 11. Landtag tritt am 31. Mai 1990 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Für 31 von insgesamt 122 Mitgliedern der SPD-Fraktion ist die parlamentarische Arbeit im Landtag Neuland. In der 89köpfigen CDU-Fraktion ist fast jedes zweite Gesicht neu (...). Weder verjüngt noch verändert hat sich die F.D.P.-Fraktion: Sie hatte die ersten 14 Plätze der Landesreserveliste besetzt und just bis zu diesem Platz „zog“ diese Liste: Die neuen Gesichter sind also die „alten“. Was man von der vierten Fraktion, den Grünen, nicht sagen kann: Ihre zwölf Mitglieder sind zum ersten Mal im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten. (Mai 1990)

Noch'n Gedicht

Ausführlich und teils in Reimen beklagte sich der Rentner Hermann Josef Nelles aus Nettersheim bei Umweltminister Matthiesen – mit Kopien an den Kommunalausschuß – über steigende Abwassergebühren, hier ein Auszug: Ze Düsseldorf, am Rheinesstrande, do residiert Johannes Rau, da meint ha wör, möt senger Bande, os Efele Bure voll ze schlau. Wenn ich su an die Kosten denke, on ahn die huh Kanalgebühr, möch ich direkt no Kölle trecke, do ös da Pries net half so düer ... (November 1990)

Schülerdemos

Die zahlreichen Demonstrationen, auf denen landesweit Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer ihre Angst und Sorge über den Ausbruch des Golfkriegs artikulierten, haben zu einem parlamentarischen Nachspiel geführt. In der Fragestunde des Landtags machte Kultusminister Hans Schwier (SPD) in seiner Antwort auf die Dringliche Anfrage von Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) deutlich, daß die Schulaufsicht die spontanen Demonstrationen am 16. und 17. Januar nicht als unentschuldigtes Fernbleiben der Schüler vom Unterricht gewertet habe; die Lehrerinnen und Lehrer, die daran teilgenommen haben, sollten nicht disziplinarisch belangt werden. (...) Ein generelles Unterrichtsfrei für die Teilnahme an Demons-

trationen habe und werde es nicht geben; bei allem Verständnis für das Anliegen habe er die Betroffenen aufgefordert, „von ihrem Demonstrationsrecht außerhalb der Unterrichtszeit Gebrauch zu machen“. (Februar 1991)

Brandanschlag von Solingen

Erklärung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zu den Morden von Solingen: Das Landesparlament Nordrhein-Westfalens empfindet Trauer und Scham angesichts der Morde von Solingen. Dies war ein Anschlag auf alle, die sich den Werten der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens verpflichtet fühlen. Gewalt von rechts hat schon einmal zur Katastrophe geführt. Die Täter müssen unnachsichtig verfolgt werden und die ganze Härte des Gesetzes spüren. Das reicht aber nicht. Eine tragfähige Grundlage für das Zusammenleben braucht mehr und kann nicht nur durch die Polizei gewährleistet werden. Jetzt müssen alle zusammenstehen, die diese Gesellschaft offen und tolerant wollen. Außer Zeichen des guten Willens erfordert das vor allem praktisches Handeln: Nur durch das nachbarschaftliche Zusammenhalten von Deutschen und Ausländern kann ein wirksamer Schutz gegen verbrecherische Anschläge entstehen. Terror und Gewalt müssen aus unserer Gesellschaft verbannt werden. Den Angehörigen der Opfer gilt unser tief empfundenes Mitgefühl und unsere besondere Anteilnahme. (Juni 1993)

bewegend



Dioxin

Auf der Sondersitzung am 3. November unter dem Thema „Handlungsweise des Umweltministers Matthiesen bei der außergewöhnlichen Dioxin-Immission in der ‚Westfalen-Hütte‘ in Dortmund und der Immission im Umfeld“ haben die Fraktionen von CDU, F.D.P. und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses angekündigt. Diesen Ausschuß habe die Landesregierung mit ihrer Weigerung, dem in der Verfassung garantierten Informationsrecht des Parlaments Genüge zu leisten und dem Parlament Akteneinsicht zu gewähren, unausweichlich gemacht. (November 1993)

Jurassic Park

Alterskontrollen von Kindern bei der Vorführung des Films „Jurassic Park“ durch das Kinopersonal haben sich nach Angaben der Landesregierung in NRW teilweise problematisch gestaltet. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch weist sie darauf hin, Eltern, die ihre Kinder begleiteten, seien mit Alterskontrolle und Abweisung nicht einverstanden gewesen. Sie hätten die Ansicht vertreten, selbst entscheiden zu können, welchen Film ihre Kinder sehen dürften. (Januar 1994)

Aus für Doppelspitze

Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen werden ab 1999 ihre Bürgermeister selbst wählen können. Mit den Stimmen der SPD-Mehrheit gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN hat der Landtag das Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung im Entwurf der Landes-

regierung angenommen und in dritter Lesung verabschiedet. (...) Die sogenannte Doppelspitze aus ehrenamtlichem Bürgermeister und hauptamtlichem Stadtdirektor wird mit dem neuen Gesetz, das auch die Kommunalreform insgesamt abschließt, abgeschafft. Der neue hauptamtliche Bürgermeister wird gleichzeitig Chef der Verwaltung. (Mai 1994)

Garzweiler II

Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit dem Braunkohletagebau Garzweiler II zugestimmt. Die Fraktionen von SPD und CDU billigten in jeweils eigenen Anträgen den Aufschluß des mit 48 Quadratkilometern größten europäischen Abbaufeldes. Die Fraktion der Grünen lehnte das Großprojekt geschlossen ab, die F.D.P.-Fraktion sprach sich mehrheitlich dagegen aus. Der Abbau aus Garzweiler II soll im Jahr 2006 beginnen. Bis dahin müssen elf Ortschaften mit 7.600 Einwohnern umgesiedelt werden. (April 1995)

Flughafenbrand

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat am vergangenen Mittwoch in einer Regierungserklärung zum Brandfall auf dem Düsseldorfer Flughafen das Hohe Haus darum gebeten, gemeinsam mit den Familien der 16 Opfer der Brandkatastrophe zu gedenken. Rau bestätigte dann, daß zum Zeitpunkt des Brandausbruchs nach derzeitiger Erkenntnis im Zwischendeckenbereich Baustoffe gewesen seien, die nicht dem Brandschutzkonzept entsprochen hätten. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen kritisierte, an dem Airport habe es seit 18 Jahren keine Brandschutz- und Evakuierungsübungen gegeben. SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen unterstrich, Folgerungen aus

dem schrecklichen Geschehen könnten erst gezogen werden, wenn Ursache und Ablauf geklärt seien. GRÜNE-Fraktionssprecherin Gisela Nacken kritisierte, die Informationspolitik der Flughafengesellschaft nach außen und innen sei miserabel gewesen. (April 1996)

Trickfilmzentrum

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II, der unter Leitung seines Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) die Förderpraxis beim Trickfilmzentrum Oberhausen untersuchen soll, verständigte sich am 28. Oktober über das weitere Verfahren. Bis zur Sitzung waren 641 vom Ausschuß angeforderte Aktenordner aus Ministerien, Firmen und Banken eingegangen. Das baldige Eintreffen weiterer 1.720 Aktenordner sei angekündigt, davon allein rund tausend von einer Elektronikfirma und 600 Ordner sowie 12 Umzugskartons von der HDO-Besitzergesellschaft, teilte der Vorsitzende mit. (...) Zum Fotokopieren der Aktenberge seien mindestens vier Wochen erforderlich, teilte der Vorsitzende weiter mit. Die Landtagsverwaltung habe bereits den Gymnastikraum als Kopierraum umgeräumt. (November 1998) *zab*

50. Jahrgang

Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. In loser Folge berichtet die Redaktion über den anstehenden runden Geburtstag. Im ersten Teil (1/2019) ging es um die „Geburt“ von Landtag Intern und um die erste Ausgabe: zehn eng beschriebene Seiten mit 21 Überschriften und sechs Bildern. In der zweiten Folge (3/2019) beschrieb die Redaktion, wie ein Heft entsteht. Die dritte Folge widmete sich der Berichterstattung in den 1970er-Jahren (5/2019), die vierte Beiträgen aus den 1980er-Jahren (7/2019).

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Leistung der Heimatvertriebenen und Aussiedler in NRW würdigen

Gemeinsam mit 200 Gästen feierte die CDU-Landtagsfraktion den Tag der Heimat im Plenarsaal des Landtags. „Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere wirtschaftliche und kulturelle Landschaft geprägt“, eröffnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen die Veranstaltung. Die Würdigung für deren Beitrag zur Entwicklung Nordrhein-Westfalens ist ein wichtiges Anliegen der NRW-Koalition. Daher wurden die finanziellen Mittel seit 2017 um 35 Prozent erhöht.

Klaus Kaiser, parlamentarischer Staatssekretär im MKW-NRW, hob hervor, dass Aussiedler und Spätaussiedler die am besten integrierte Bevölkerungsgruppe seien: „Sie sind überdurchschnittlich in Bildung, in Studium und im Beruf.“ Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter



Rede Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, betonte in seiner Rede: „Heimat ist mehr als nur ein geografischer Ort, es ist ein Gefühl, das man im Herzen trägt. Es ist

gut, den Begriff endlich positiv zu besetzen. Das kann auch bei der Integration helfen.“

Zum Abschluss würdigte Rüdiger Scholz, Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten, die Arbeit der Verbände sowie Landsmannschaften und unterstrich: „Wir stehen an der Seite der Opfer von Flucht und Vertreibung und erinnern uns an die Schicksale der Menschen, die ihre Heimat verloren haben. Sie kamen nach Nordrhein-Westfalen und haben geholfen, unser Land aufzubauen. Dafür gebührt ihnen auch heute noch unser Dank.“



Kinder und Familien stark machen – KiBiz grundlegend reformieren

In der Expertenanhörung zum neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gab es laute Kritik von Trägern, Kitas, Kommunen, Eltern und Erzieherinnen und Erziehern. Deshalb setzt sich die SPD-Landtagsfraktion dafür ein, dass diese Kritik nun auch zu deutlichen Verbesserungen führt. Landesweit suchen Abgeordnete der Fraktion das Gespräch mit den Betroffenen aus den Kitas. Von Herford bis Moers soll im Herbst in „NRW-Gesprächen“ der Gegenentwurf zum umstrittenen Gesetz der Landesregierung weiter ausgearbeitet werden.

Man habe zahlreiche Ideen, um Chancen gerecht zu gestalten und Kinder und Familien stark zu machen, so Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Wir stehen



für eine Sockelfinanzierung, die Einrichtungen Planungssicherheit gibt und dafür sorgt, dass die frühkindliche Bildung mit gleichen Startbedingungen ins Rennen gehen kann.“

Statt aber das KiBiz von Grund auf zu reformieren, den Einrichtungen und Trägern mehr Planungssicherheit zu geben, bleibe es mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung bei Kopfpauschalen pro Kind. Durch diese Beibehaltung komme das Geld aber nicht da an, wo es benötigt werde, so Maelzer weiter. Das Gesetz lasse insgesamt den Willen zur wirklichen Veränderung nicht erkennen. „Dabei sind gerade jetzt mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums die Mittel für einen großen Wurf in der Landesfamilienpolitik vorhanden.“

Das Vorhaben der Landesregierung belaste zudem die Kommunen sehr unterschiedlich. „Auf klamme Städte wie zum Beispiel Solingen kommen Mehrkosten von über 2,5 Millionen Euro zu, ohne dass es zu spürbaren Verbesserungen der Kitaqualität kommt“, beklagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Christian Dahm. Mehr Qualität durch bessere Personalschlüssel, Erhalt der Trägervielfalt, statt starrer Buchungszeiten, kind- und familiengerechte Öffnungszeiten und Kostenfreiheit für gerechte frühkindliche Bildung – dafür wirbt die SPD-Fraktion in den NRW-Gesprächen zum Gegenentwurf für das KiBiz.



Engagierter Austausch beim Bürgerdialog der FDP-Landtagsfraktion

Rund 200 Besucherinnen und Besucher haben sich beim Bürgerdialog der FDP-Landtagsfraktion mit den FDP-Abgeordneten im Plenarsaal ausgetauscht. Im Fokus standen die parlamentarische Arbeit und die Trendwenden, die in Regierungsverantwortung der FDP-Fraktion

in Nordrhein-Westfalen eingeleitet wurden. In einer launigen Rede stellte der Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche, die 28 Abgeordneten mit ihren Fachgebieten vor. Rasche betonte: „Eine starke, vernünftige und optimistische FDP-Fraktion wird in NRW gebraucht. Es macht einen Unterschied für die Chancen der Menschen in unserem Land, dass die FDP in Verantwortung ist.“

Zu den erreichten Meilensteinen gab es zur Halbzeit der Legislaturperiode der NRW-Koalition viel Zuspruch. Es fand ein engagierter Austausch im Plenarsaal zu einer Vielzahl an Themen wie Bildung, Digitalisierung und Familienpolitik statt. „Mit dem ‚Pakt für Kinder und Familien‘ setzen wir zusammen mit Familien-

minister Joachim Stamp einen Meilenstein für die frühkindliche Bildung“, erläuterte Christof Rasche. Pro Jahr werden 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in die frühkindliche Bildung investiert.

In diesem Jahr gab es auch ein neues Angebot beim Bürgerdialog der FDP-Fraktion. Nicht nur über Politik, auch über die Architektur des Landtags und die Kunst im Gebäude konnten sich die Gäste informieren. Zudem konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerdialogs auch den brandneuen Besucherfilm im Landtagsforum sehen und ihr Wissen über Landespolitik und Parlament beim Quiz testen.



Freie Demokraten
Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Fraktion vor Ort: Rettet die Wälder

Unsere Wälder befinden sich derzeit im Klimastress: Wetterextreme wie die Stürme im Frühjahr, die lang anhaltende Hitze und der ausbleibende Niederschlag sowie der daraus resultierende Schädlingsbefall setzen dem komplexen Ökosystem Wald enorm zu. Um sich über die aktuelle Situation und die täglichen Herausforderungen der Förster*innen und Waldbesitzer*innen zu informieren, haben unsere Abgeordneten Wälder in ganz NRW besucht. Gemeinsam haben wir vor Ort Antworten auf drängende Fragen diskutiert und entwickelt: Welche Unterstützung brauchen Förster*innen und Waldbesitzer*innen, um unsere Wälder kurz- aber auch langfristig vor den Folgen der Erderhitzung zu bewahren? Und wie kann der Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwä-

ldern und einer naturnahen Waldwirtschaft gelingen? Fest steht: Wir brauchen dringend praxisnahe Konzepte, um unsere Wälder zu retten



und sie klimastabil für die Zukunft aufzustellen. Dazu muss das Land mit mehr Personal, mehr Geld und dem Anspruch auf zumindest landesweite Koordination alle Akteur*innen an einen Tisch holen, sonst trocknen die Lungen unserer Natur im wahrsten Sinne des Wortes aus.

Denn uns alle eint die Überzeugung, dass wir den Wald in seiner ökologischen Funktion, seiner Funktion als Holzlieferant aber auch als Naherholungsgebiet für uns Menschen dringend brauchen.

GRÜNE
IM LANDTAG NRW

Medien und Kartoffelsuppe

Politische Entscheidungen sind meist das Ergebnis höchst komplexer Vorgänge, die oft auch langwierig sind und von Kompromissen geprägt, um alle Aspekte adäquat zu berücksichtigen. Damit Journalisten das alles nachvollziehen und entsprechend sachlich darüber berichten können, sollten sie idealerweise Kenntnis dieser Hintergründe haben; um das zu gewährleisten, führen die Politiker regelmäßig sog. Hintergrundgespräche. Das können kurze Einzelgespräche sein, manchmal aber auch recht ausführliche Schilderungen in mehrköpfigen Gruppen. Und hin und wieder laden Fraktionen auch einmal zu großer Runde ein, damit ein ausführlicher informativer Austausch das gegenseitige Verständnis fördern und persönliche Standpunkte der Abgeordneten beschrieben werden können.

Zu einem solchen Treffen hatte die AfD-Fraktion nun zum zweiten Mal seit ihrem Einzug in den Landtag eingeladen und da als Zeitrahmen ein ganzer Abend eingeplant war, dies wieder mit einem stilvollen Abendessen. Doch das stieß bei einigen auf plötzliche Bedenken: Könnte ein „Dinner“ bei misstrauischen Geistern nicht möglicherweise den Verdacht wecken, hier wolle sich die Fraktion bei Journalisten einschmeicheln? Man mag darüber schmunzeln (kein Journalist lässt seine Objektivität durch Schweinelendchen an Blumenkohlgratin beeinflussen), aber in Zeiten oft überbordender Befindlichkeiten muss man manchmal selbst das Udenkbare berücksichtigen. Also gab es am Ende Kartoffelsuppe und ein paar belegte Brötchen. Dem informativen Austausch tat das allerdings

keinerlei Abbruch – wir alle waren nur wieder um eine Anekdote reicher. Vor allem aber nutzten die Abgeordneten der AfD-Fraktion die Gelegenheit, abseits des meist hektischen Parlamentsalltags ihre Standpunkte und allgemeinen politischen Ziele den in erfreulich großer Zahl teilnehmenden Pressevertretern zu vermitteln. Insgesamt also ein erfreuliches Zusammentreffen, das wir gerne wiederholen. Natürlich wieder mit Kartoffelsuppe – die übrigens wirklich lecker war!

Landtagsfraktion
AfD NRW

Parlamentsnacht: Politik trifft Kunst

27. September 2019 – Der Landtag hatte seine Pforten zur Parlamentsnacht 2019 geöffnet. Rund 3.000 Besucherinnen und Besucher ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen und lernten ihr Landesparlament zu ungewohnter Stunde kennen. Das Programm kam an, für jede und jeden war etwas dabei.

André Kuper, der Präsident des Landtags, zog am Ende ein positives Fazit: „Die Parlamentsnacht war ein gelungenes Demokratiefest. Wir freuen uns, dass so viele Menschen aus Nordrhein-Westfalen ihr Parlament besucht haben und mit den Abgeordneten ins Gespräch gekommen sind. Denn Demokratie braucht den Austausch über Meinungen, Ideen und aktuelle Ereignisse. Und ich finde, wir können unsere Demokratie auch mal feiern wie bei den Parlamentsnächten.“

es dann los. Zu sehen und zu hören gab es allerhand – zum Beispiel bei den Talkrunden mit Abgeordneten in der Bürgerhalle, bei den Auftritten der WDR Big Band im Plenarsaal oder einem Poetry Slam in der Landtagsbibliothek. Akrobaten von „Roncalli's Apollo Variété Theater“ traten auf, gezeigt wurden zudem ausgewählte Werke der Kunstsammlung des Landtags und des Kunsthause NRW Kornelimumster. Im Empfangsraum waren Geschenke von Staatsgästen aus aller Welt zu sehen und auch der Raum der Stille war geöffnet.

Wer wollte, konnte das Parlamentsgebäude bei einer „Landtags-Rallye“ näher kennenlernen oder am Glücksrad schöne Preise gewinnen. Geschichte und Geschichten standen

Startschuss um 17 Uhr

Die ersten Gäste hatten sich schon vor dem offiziellen Beginn auf dem Vorplatz versammelt. Pünktlich um 17 Uhr ging



Karikaturist Heiko Sakurai.



Akrobatik in der Bürgerhalle.



Landtagspräsident André Kuper (von links), der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel, Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis vor dem Landtag.

st, Kultur und Karikatur

beim Team des geplanten Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens im Mittelpunkt.

Programm der Fraktionen

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD hatten in Wandel- und Bürgerhalle eigene Programme und Aktionen vorbereitet. Sie luden die Gäste u. a. in eine „Wohlfühlarea“ und zu „Lagerfeuergesprächen“ ein. Es gab Informationen und Aktionen zu „gesundem Essen, gesunder Umwelt und gesunden Betrieben“, zum Bau von

Bienenhotels. Fotoboxen und viel Musik wurden ebenfalls geboten.

Angela Merkel war übrigens ebenfalls bei der Parlamentsnacht dabei – zumindest auf dem Papier. Der bekannte und mehrfach ausgezeichnete Karikaturist Heiko Sakurai (u. a. WAZ und Berliner Zeitung) griff in der Bibliothek zum Filzschreiber, begann mit der Nase, zeichnete dann die Augen und sofort erkannte jeder die Bundeskanzlerin. Sie sei sein liebstes Motiv, gestand Sakurai. Die halb geschlossenen Augen „seiner“ Kanzlerin stünden weniger für Schläfrigkeit, sondern für den „rationalen, abschätzenden Blick der Naturwissenschaftlerin“.

red



Die WDR Big Band im Plenarsaal.

Ein Video der Parlamentsnacht finden Sie unter www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Parlaments-TV)



Eintrag ins Gästebuch.



André Kuper (links), der Präsident des Landtags, im Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern.



Foto: Schälte

Salafismus als Comedy

26.9.2019 – Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz geht bei der Salafismus-Prävention neue Wege. Auf zwei Youtube-Kanälen präsentiert die Behörde seit Kurzem Videos zum Thema Salafismus. Bei einem Kanal handelt es sich um ein Comedy-Format („Jihadi Fool“), der andere liefert Hintergründe zum Thema. Im Innenausschuss präsentierten Innenminister **Herbert Reul** (CDU) und Verfassungsschutzchef Burkhard Freier Ausschnitte aus einem der Comedy-Filme. „Wir wollen junge Leute erreichen“, sagte Reul. Viele Salafisten seien jünger als 25 Jahre. Das Projekt solle sich über ein Jahr erstrecken. Verfassungsschutzchef Freier berichtete von rund 60.000 Abrufen und 1.200 Abonnenten der Kanäle sowie zahlreichen Online-Kommentaren zu den Filmen. **Ibrahim Yetim** (SPD) kritisierte, er habe die Botschaft des gezeigten Films nicht auf Anhieb verstanden. Ähnlich äußerte sich **Verena Schäffer** (Grüne). Bei den Sketchen stelle sich zudem die Frage, ob die Zielgruppe tatsächlich erreicht werde. Einen Versuch sei es aber wert. Die Filme sollen irritieren und Fragen aufwerfen, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). **Fabian Schrupf** (CDU) lobte die „richtige Herangehensweise“ und „satirische Perspektive“. Der gezeigte Film sei „qualitativ wirklich gut gemacht“, sagte **Marc Lürbke** (FDP).

Volksinitiative

2.10.2019 – Der Verkehrsausschuss hat die Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ angehört. Die Initiative hatte dem Landtag im Juli ausreichend Unterstützerunterschriften übergeben. Notwendig für das Zustandekommen einer Volksinitiative ist die Unterstützung durch 0,5 Prozent der Wahlberechtigten – rund 66.000 Unterschriften. Die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ will den Anteil des Radverkehrs von rund 8 auf 25 Prozent bis 2025 erhöhen und fordert dazu die Umsetzung von neun Maßnahmen,

u. a. mehr Radschnellwege, Fahrradparkplätze und E-Bike-Ladestationen. Der Landtag muss die Volksinitiative innerhalb von drei Monaten nach ihrem Zustandekommen abschließend behandeln.

Automobilbranche in NRW

2.10.2019 – Das Wirtschaftsministerium bereitet die Ausschreibung einer Studie zur Zukunft der Automobilbranche in Nordrhein-Westfalen vor. Dies geht aus einem Bericht der Landesregierung ([Vorlage 17/2496](#)) für den Wirtschaftsausschuss hervor. Die AfD-Fraktion hatte um die Informationen gebeten. Die Automobilindustrie befinde sich in einem Wandlungsprozess, sagte Minister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Davon sei auch NRW betroffen. Allerdings lasse sich das Ausmaß „nur sehr schwer quantifizieren“. Mit allen der Automobilindustrie verbundenen Zulieferern gehe es um etwa 800 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten, heißt es in dem Bericht. Die Stimmung in den Firmen sei auf der einen Seite geprägt durch „Unsicherheit im Hinblick auf die bevorstehenden Entwicklungen“. Auf der anderen Seite sei aber deutlich der Wille auszumachen, „alle notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, um auch zukünftig erfolgreich zu agieren“. Besorgt äußerten sich die Unternehmen nach Angaben der Landesregierung wegen der zunehmenden Gefahr eines harten Brexits und des Zollstreits zwischen den USA und China. Ein weiterer Punkt seien „technologische und strategische Herausforderungen mit Blick auf unterschiedliche Antriebsarten und vor dem Hintergrund politischer Vorgaben“. Während **Christian Loose** (AfD) im Ausschuss von drohenden „Massenentlassungen“ sprach, hielten die Fraktionen von FDP und Grünen dagegen. Der Wandel sei auf technische Entwicklungen und politische Entscheidungen im Ausland zurückzuführen, sagte **Bodo Middeldorf** (FDP). Es könne nicht darum gehen, „Strukturen zu konservieren“. Vielmehr müsse die Landesre-

gierung Unternehmen bei dem Transformationsprozess unterstützen. **Horst Becker** (Grüne) sah das ebenso und wies auf Elektroautos hin: „Der Markt wird sich dieser Technik stellen müssen.“

Tödliche Glukosemischung

2.10.2019 – Wie konnte es dazu kommen, dass eine Kölner Apotheke toxisch verunreinigte Glukose-Intoleranz-Tests an Schwangere verkauft? Mit dieser Frage hat sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen in einer Aktuellen Viertelstunde beschäftigt. Zum Hintergrund: Ende September waren eine Schwangere und ihr ungeborenes Baby nach Einnahme einer toxischen Glukosemischung gestorben, die in der Apotheke hergestellt worden war. Sein Ministerium habe umgehend reagiert, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Drei Kölner Apotheken, die zum gleichen Verbund gehören, seien auf Anordnung seines Ministeriums umgehend geschlossen worden. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um eine „absichtliche Manipulation“ des Glukosepulvers gehandelt habe, daher ermittle die Mordkommission. **Josef Neumann** (SPD) sagte, dass geklärt werden müsse, ob das Gesundheitsministerium schnell genug gehandelt und weiteren Schaden abgewendet habe. **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) bemerkte, dass es die dringliche Aufgabe der Behörden sei, dafür zu sorgen, dass sich vergleichbare Fälle nicht mehr ereigneten. **Peter Preuß** (CDU) sagte, dass alles dafür getan werden müsse, um das „gestörte“ Vertrauen von Bürgerinnen und Bürger in Apotheken wiederherzustellen. **Rainer Matheisen** (FDP) dankte dem Ministerium für ein „schnelles Eingreifen“ und sprach den Angehörigen der Verstorbenen sein Mitleid aus. **Dr. Martin Vincentz** sagte, dass ein „hochpotentes Toxin“ beigemischt worden sein müsse; sollte eine Tötungsabsicht dahinter gestanden haben, wäre das kriminell – erschütterte insgesamt aber nicht das Vertrauen in ein funktionierendes Apothekensystem.

Porträt: Stefan Zimkeit (SPD)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Stefan Zimkeit (SPD). Der 55-jährige Oberhausener wollte ursprünglich Journalist werden.

ten Ergebnisse der Sozialdemokraten bei Wahlen und in Umfragen hat Zimkeit nicht. Er hält es jedenfalls für sehr schwierig, dass die SPD in dem gegenwärtigen Regierungsbündnis mit CDU und CSU im Bund wieder ein klares und eindeutiges Profil gewinnen kann, und fürchtet, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wofür die SPD stehe und was sie für die Menschen bewirke.

Dabei hat der Oberhausener, der seit neun Jahren dem Landtag angehört, selbst von der Bildungspolitik der Partei profitiert, deren Mitglied er heute ist. Beide Elternteile hatten keine höheren Bildungsabschlüsse, er war der Erste der Familie, der das Abitur machen und anschließend studieren konnte. Zur Partei stieß er schließlich, weil er in der Endphase der Friedensbewegung Anfang der 90er-Jahre zu der Überzeugung gelangt war, dass Demonstrationen ja ganz wichtig seien, aber zur politischen Gestaltung nicht ausreichten. Deshalb entschloss er sich, den Sozialdemokraten beizutreten, war zunächst bei den Jungsozialisten aktiv, wurde in die Bezirksvertretung gewählt, später in den Rat der Stadt Oberhausen und 2010 in den Landtag.

Geplant war diese politische Karriere nicht, eigentlich hatte Zimkeit Journalist werden wollen. Während des Studiums verdiente er mit Kellnern und anderen Nebenjobs sein Geld. Nach dem Zivildienst auf einem Bauplatz in einem Stadtteil mit vielen Problemen war er ein halbes Jahr arbeitslos und lebte von Sozialhilfe. Er ist sehr froh, dass er sein Hobby Politik zum Beruf machen konnte.

In der Landespolitik findet er vor allem die enge Verzahnung mit der Kommunalpolitik wichtig, damit seien die Landespolitiker nah bei den Problemen der Menschen vor Ort. Das wichtigste Thema im Landtag ist in seinen Augen die Bildungspolitik. Als Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion versuche er, mit dafür zu sorgen, die finanziellen Mittel so zu verteilen, dass sie dort ankämen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Dabei würden häufig die Möglichkeiten unterschätzt, die die Opposition auf dem Gebiet der Haushalts- und Finanzpolitik habe, sagt er. Zwar würden in der Regel alle ihre Anträge auf diesem Feld von der regierenden Koalition

abgelehnt. Die ein oder andere Idee, die man dabei ins Gespräch gebracht habe, finde sich aber oft ein oder zwei Jahre später im Haushaltsentwurf der Regierung wieder.

Borussia-Fan und Motorradfahrer

Über sein Privatleben gibt Zimkeit nicht viel preis. Die Kaffeetasse auf seinem Schreibtisch verrät, dass er Fan von Borussia Mönchengladbach ist – eine Leidenschaft, die er mit der früheren Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) nicht nur teilt, wenn sie gelegentlich gemeinsam zu Heimspielen im Borussia-Park fahren. Zimkeit geht gerne zu Rock-Konzerten und ist begeisterter Motorradfahrer. Urlaub macht er am liebsten da, wo es warm genug ist zum Motorradfahren, wo es schöne Städte gibt und wo das Meer in der Nähe ist zum Schwimmen.

Peter Jansen

Ob von Verwandten, Freunden, Bekannten oder Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße – es gibt keine Frage, die dem SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Zimkeit in den letzten Wochen und Monaten so oft gestellt wurde wie die nach den künftigen Vorsitzenden seiner Partei. Beantworten kann er die Frage auch nicht, schließlich kann er ja nicht in die Herzen und Hirne von mehr als 400.000 Genossinnen und Genossen schauen. Wem er selbst seine Stimme beim Mitgliederentscheid Ende Oktober geben will, hat er noch nicht entschieden. Immerhin ist er mittlerweile überzeugt, dass die Prozedur seinen Sozialdemokratinnen und -demokraten guttut. In den Diskussionen auf den bisherigen Vorstellungsrunden ging es um Inhalte, den Umgang der Kandidatenpaare miteinander findet er ausgesprochen fair.

Seit 2010 Landtagsabgeordneter

Doch insgesamt macht sich der 55-jährige Zimkeit auch Sorgen um die Partei, der er seit seinem 18. Lebensjahr angehört und die ein wichtiger Teil seines Lebens geworden ist. Er ist überzeugt, dass die SPD existenziell wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist. Eine abschließende Erklärung für die schlech-

Zur Person

Der Diplom-Sozialwissenschaftler Stefan Zimkeit ist seit 2010 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Seit 1983 ist er SPD-Mitglied; von 1985 bis 1987 war er Vorsitzender der Oberhausener Jusos. Zimkeit ist u. a. Sprecher der SPD-Landtagsfraktion im Haushalts- und Finanzausschuss.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Kein bestimmtes. Ich lese gerne historische Romane, z. B. die Cicero-Trilogie von Robert Harris.

Welche Musik hören Sie gerne?

Bruce Springsteen. Er ist der Boss.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Zutaten für ein gutes Frühstück.

Ihr liebstes Reiseziel?

Der Borussia-Park in Mönchengladbach.

Kurz notiert

Bürgerempfang

Rund 50 Gäste haben am 1. Oktober 2019 am dritten Bürgerempfang des Landtags teilgenommen. Das Präsidium des Landtags begrüßte sie zum Austausch über den Zustand der Demokratie und aktuelle Themen. „Die Bürgerempfange geben Gelegenheit zum Austausch mit der Politik in Nordrhein-Westfalen – und das im Landtag, dem Zentrum der Demokratie in unserem Bundesland. Es geht darum, miteinander im Gespräch zu bleiben, denn das ist gelebter Parlamentarismus: zuhören und Vorschläge, Ideen und auch Kritik aufnehmen“, sagte der Präsident des Landtags, André Kuper.

Talentförderung

28 neue Stipendiatinnen und Stipendiaten der Start-Stiftung haben am 7. Oktober 2019 im Landtag ihre Urkunden erhalten. Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden unter dem Motto „Aus Talenten werden Macher“ über drei Jahre in ihrer persönlichen Entwicklung und im Engagement für die Demokratie begleitet. Die Start-Stiftung fördert die jungen Menschen u. a. durch finanzielle Unterstützung, durch Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen und Seminare zur persönlichen Entwicklung. Dabei geht es auch um das Engagement in einer demokratischen Gesellschaft.

Ausstellung zur DDR

Aus Anlass von 30 Jahre Mauerfall zeigt der Landtag vom 4. November 2019 an die Ausstellung „Die DDR – Zwischen Repression und Widerspruch“. Sie wurde vom Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitet und erzählt in acht Kapiteln die Geschichte der DDR – von den Anfangsjahren bis zum Zusammenbruch des Systems. Beleuchtet werden u. a. die Staatssicherheit (Stasi), der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, Mauerbau und Grenzregime sowie die Friedliche Revolution von 1989. Die Ausstellung ist bis 6. Dezember 2019 in der Wandelhalle zu sehen. Interessierte werden um vorherige Anmeldung gebeten unter Tel.: (0211 884-2129 oder -2422) oder per E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 3. Dezember 2019.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (sitzend), Vizepräsidentin Carina Gödecke (v.l.), Vizepräsidentin Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis trugen sich in das Gästebuch der Gedenkstätte ein.

Gedenken in Auschwitz

Das Präsidium des Landtags hat Anfang Oktober das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau besucht. Der Präsident, André Kuper, sowie die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis legten zum Gedenken an die Opfer der Shoa in der Gedenkstätte einen Kranz nieder. Vor Ort tauschten sie sich mit zwei Schulklassen aus Werne und Bestwig aus. Landtagspräsident André Kuper sagte: „Der Weg in ein besseres Morgen ist für alle in Deutschland lebenden Menschen nur möglich, wenn wir bereit sind, uns mit der schwierigen deutschen Geschichte zu beschäftigen und über das Gestrern Rechenschaft abzulegen. Und das immer wieder neu.“ In Auschwitz-Birkenau waren mehr als eine Million Menschen ermordet worden, die meisten von ihnen Menschen jüdischen Glaubens.

Fotos: Landtag NRW/Uwe von Seltmann